



Reich und kaputt

Die Coronapandemie hat die Klassenspaltung in den USA noch einmal verstärkt. Daran wird auch der neue Präsident Joseph Biden nichts ändern.
Von Conrad Schuhler

SEITEN 12/13

2.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellcoupon auf Seite 10

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 14. OKTOBER 2021, NR. 239 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE



Hymne an den Krieg

Afghanistan-Einsatz: Bundespräsident nimmt voller Pathos militaristisches Spektakel in Berlin ab. Kirchen und Friedensbewegung protestieren. Von Kristian Stemmler

»Kameradschaft, Feldpostadresse und Heimweh«: Frank-Walter Steinmeier (r.) fand am Mittwoch blumige Synonyme für Afghanistan

Fackelschein und Trommelwirbel, im Gleichschritt marschierende Soldaten, das Kommando: »Helm ab, zum Gebet!« Mit einem gespenstischen Ritual, das viele an militaristische Inszenierungen in der Nazizeit erinnert, wollte die Bundesregierung am Mittwochabend vor dem Reichstagsgebäude in Berlin dem beendeten Afghanistan-Einsatz höhere Weihen verleihen. Der »Große Zapfenstreich« – ein Zeremoniell der Bundeswehr – war als Abschluss einer Reihe von Veranstaltungen gedacht, mit denen laut Verteidigungsministerium rund 93.000 Soldatinnen und Soldaten »gewürdigt« werden sollten, die in 20 Jahren am Hindukusch »gedient« haben.

Einen Vorgesmack auf das Tschingderassabum am Abend gab es am Nachmittag beim »Abschlussappell« auf dem Paradeplatz des Ministeriums, er wurde live in der ARD übertragen. Zu den Klängen des

»Preußischen Präsentiermarsches« nahm Frank-Walter Steinmeier (SPD) eine Paradeformation ab. Der Bundespräsident ließ es in seiner Rede an tiefem Pathos nicht fehlen. An die angetretenen »Veteranen« richtete er die Worte: »Für Sie ist Afghanistan Kameradschaft, Feldpostadresse und Heimweh, für Sie ist Afghanistan der endlose Tag im Feldlager und die endlos erscheinende Sekunde im Gefecht, für Sie ist Afghanistan Hoffnung und Ernüchterung, Hitze und Staub, Entbehrung und Angst.«

Die Feierlichkeiten blieben nicht ohne Widerspruch. Für den Abend wurde zu einer »antimilitaristischen Demonstration« mobilisiert. Im Demoauftritt hieß es, die Zeremonie sei »eine Provokation für alle, die den Einsatz der Bundeswehr seit Beginn ablehnten«. Dass der Krieg mit einer »militärischen Gruselshow« gefeiert werde, zeige erneut, wie wichtig antimilitaristischer

Protest sei. Ergebnis des Krieges in Afghanistan seien rund 240.000 Tote, 5,5 Millionen Vertriebene und »die Herrschaft der Taliban über nahezu das gesamte Staatsgebiet«.

Gegen das Ritual vor dem Reichstag wandten sich auch 25 Gruppen sowie knapp 200 Einzelpersonen aus Kirchen und der Friedensbewegung. In einem Appell forderten sie am Mittwoch erneut dazu auf, den »Großen Zapfenstreich« abzusagen. Auf den ersten Aufruf vom 18. August hatte Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer nicht reagiert. Die Unterzeichner erklärten, es sei »völlig unangemessen«, die in Afghanistan eingesetzten Soldaten »mit diesem militärischen und gewaltverharmlosenden Zeremoniell« würdigen zu wollen. Kritisiert wird vor allem der »inhaltliche Kern des Großen Zapfenstreiches«: das Gebet »Ich bete an die Macht der Liebe, die sich in Jesus offenbart«. Für Christen bedeute die

Intonierung dieses Gebets mit paralleler Präsentation der Gewehre »eine nicht hinnehmbare Verletzung ihrer religiösen Gefühle«, erklärte Martin Singe von Pax Christi Bonn, der den Appell mitinitiiert hatte, gegenüber jW.

Verteidigungsexperte Tobias Pflüger von der Partei Die Linke kritisierte gegenüber jW den Zapfenstreich als »völlig deplaziert«. Der Afghanistan-Einsatz sei »komplett gescheitert«, da gebe es nichts zu feiern. Pflüger verwies auf die 59 Bundeswehr-Soldaten, die ums Leben kam. Tiefpunkt sei das »Massaker von Kundus« gewesen. Am 4. September 2009 waren bei der von Oberst Georg Klein angeordneten Bombardierung zweier Tanklaster mehr als 100 Zivilisten getötet worden. Pflüger forderte eine »gründliche Aufarbeitung« des Afghanistan-Einsatzes durch einen Untersuchungsausschuss. Eine Forderung, die auch FDP und Bündnis 90/Die Grünen mittragen.

Nordsyrien: Türkei kündigt Offensive an



Istanbul. Nach Angriffen auf türkische Truppen in Nordsyrien hat Ankara ein schärferes Vorgehen gegen die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG angekündigt. Man werde »alles tun«, um die Region von »Terroristen zu säubern«, sagte Außenminister Mevlüt Cavusoglu am Mittwoch. Die Türkei ist in der Vergangenheit immer wieder militärisch gegen die YPG im mehrheitlich von Kurden bewohnten Nordsyrien vorgegangen und besetzt dort Grenzgebiete. Zuletzt machte Ankara die Einheiten für mehrere Angriffe in Nordsyrien verantwortlich, bei einem davon wurden am Sonntag zwei türkische Polizisten getötet. Farhad Schami, Sprecher der kurdisch geführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDK) in Syrien, warf der Türkei dagegen vor, »Nachrichten zu erfinden«, um eine Grundlage für zukünftige Aggressionen zu schaffen. (dpa/jW)

Lager mit Kriegswaffen bei Offizier entdeckt

Aldenhoven. Bei einer Razzia in Aldenhoven im Kreis Düren haben Ermittler ein Waffenlager mit Kriegswaffen entdeckt. Die Ermittlungen richteten sich gegen einen 32-jährigen, und zwar anfänglich nur wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main am Mittwoch. Dann stießen die Ermittler aber auf Schusswaffen, Granaten, Handgranaten und Minen. Deswegen sei der Vorwurf des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz dazugekommen. Der Mann sollte noch am Mittwoch einem Haftrichter vorgeführt werden. Nach Angaben des *Spiegels* handelt es sich um einen Hauptmann der Bundeswehr. Die Staatsanwaltschaft wollte dies weder bestätigen noch dementieren. Weil auch unbekannte Chemikalien entdeckt wurden, zogen die Einsatzkräfte einen Experten des Bundesamtes für Strahlenschutz zur Bewertung der Funde hinzu. (dpa/jW)

Russland liefert

Putin zu Gaskrise in EU: Moskau kommt vertraglichen Verpflichtungen mehr als nach

Inmitten der Gaskrise in der EU hat Russlands Präsident Wladimir Putin darauf hingewiesen, Moskau erfülle seine Verpflichtungen in bezug auf Lieferungen vollständig und einwandfrei. Das sagte Putin laut der russischen Nachrichtenagentur TASS am Mittwoch auf einer Plenarsitzung der Russischen Energiewoche in Moskau. Der Staatschef fügte hinzu, dass die Exporte des Landes auf den Weltmarkt bis Ende 2021 Rekordmengen erreichen könnten.

»Stabilität und Berechenbarkeit sind für jeden Markt wichtig.

Russland kommt seinen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber seinen Partnern, auch in Europa, in vollem Umfang nach und bietet garantierte, ununterbrochene Gaslieferungen«, so der Präsident. Man sei darüber hinaus bereit, »über zusätzliche Maßnahmen zu reden«, sagte er.

Schon jetzt habe Russland seine Lieferungen an Europa um 15 Prozent erhöht. Die Vorwürfe, dass angeblich kein Gas über Pipelines transportiert werde, seien völlig unbegründet, so Putin: »Sie werden in die Irre geführt.« Dass Moskau seine Energiewirtschaft

als Waffe einsetze, sei »politisch aufgeladene Geschwätz«, so der Staatschef. Die russischen Unternehmen seien selbst in schwierigen Winter- und Herbstmonaten den Forderungen nachgekommen.

Das gelte auch für den Gastransit über die Ukraine. Auch hier lägen die Lieferungen zehn Prozent höher als vertraglich vorgesehen. Allerdings dürfe die Menge wegen der veralteten Leitungen nicht weiter erhöht werden, ansonsten würden sie »einfach platzen. Europa wird dann ohne diese Route dastehen«, mahnte der

Präsident. Das wolle jedoch niemand hören. »Jeder will nur Russland etwas vorwerfen«, konstatierte Putin abschließend.

Mit Blick auf die Gaspipeline Nord Stream 2 wies er darauf hin, dass die »administrativen Barrieren« für eine Inbetriebnahme in Europa noch nicht überwunden seien. »Die deutsche Regulierungsbehörde muss die entsprechende Entscheidung treffen«, sagte Putin, »sie haben sie noch nicht getroffen.« (jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

Verzwickte Lage

Irak: Geistlicher Al-Sadr zum Wahlsieger erklärt. Iranahe Kräfte erkennen das Ergebnis nicht an

3

Großer Reinfall

Rechte Aktionen in Bolivien waren Misserfolg. Tausende zur Unterstützung der Regierung auf den Straßen

7

Tödlicher Export

Ankaras Feldzüge: Deutscher Rüstungskonzern Hensoldt liefert Material für türkische Kampfdrohne

9

jW Dossier

#keinMarxistillegal
Als einzige Tageszeitung wird die *junge Welt* durch den Verfassungsschutz überwacht
jungewelt.de/pressefreiheit

jW wird herausgegeben von 2.589 Genossinnen und Genossen (Stand 8.10.2021)

www.jungewelt.de/lpg

